



BUNDESMINISTERIN

für Gesundheit, ~~Sport~~ und Konsumentenschutz
DR. CHRISTA KRAMMER

A-1031 Wien, Radetzkystraße 2
Telefon: 0222/711 72
Teletex: 322 15 64 BMGSK
DVR: 0649856

GZ 114.140/97-I/D/14/95

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER
Parlament
1017 Wien

11. SEP. 1995

XIX. GP-NR
1728 IAB
1995-09-13

ZU

1874 13

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Terezija Stojsits, Freundinnen und Freunde haben am 17. Juli 1995 unter der Nr. 1874/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die pseudo-medizinischen Aktivitäten destruktiver Kulte gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Inwieweit wirken diese Aids-Angst schürenden Aussagen destruktiver Kulte einer sinnvollen Aufklärung entgegen?
2. Was tun Sie, um solche als "Aufklärung" getarnte Angstmacherei destruktiver Kulte zu verhindern, bzw. um dieser Ihrerseits entgegenzuwirken?
3. Hat Ihr Ministerium in der Vergangenheit das IPM oder andere Gruppierungen mit vereinnahmender Tendenz bei der Propagierung restriktiver Drogenpolitik unterstützt bzw. gibt es gegenwärtig eine solche Unterstützung?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Von den in der Anfrage genannten Vereinen "Initiative Neue Linke" und "Institut zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis, IPM" ist lediglich letztgenannter meinem Ressort bekannt.

- 2 -

Es ist davon auszugehen, daß diesen Äußerungen aufgrund der jahrelangen intensiven Aufklärung hinsichtlich HIV/AIDS, welche sowohl auf Wissensstand und Verhalten als auch auf Antidiskriminierung hinzielt, von der Allgemeinbevölkerung kaum Beachtung geschenkt wird.

Zu Frage 2:

Mein Ressort führt seit Jahren umfassende Aufklärungsmaßnahmen durch, die in einer allgemein verständlichen und deutlichen Sprache sowohl über Ansteckungswege als auch über Schutz vor der Ansteckung informieren. Insbesondere wird im Rahmen jeder Aufklärungsaktivität auch größtes Gewicht auf die Themen "Antidiskriminierung" und "Solidarität mit Betroffenen" gelegt.

Im Hinblick auf die im Drogenbereich vertretenen Auffassungen und Aktivitäten des IPM wurden bereits 1991 auf Empfehlungen sowohl des Beirats für psychische Hygiene als auch des Beirats zur Bekämpfung des Mißbrauchs von Alkohol und anderer Suchtmittel der damalige Bundesminister sowie die Drogenbeauftragten der Länder entsprechend informiert. Dies deshalb, weil nach Meinung dieser Beiräte die Konzepte dieses Vereins zur Drogenbekämpfung gänzlich konträr zu den Fachmeinungen und Empfehlungen kompetenter österreichischer Experten sind.

Zu Frage 3:

Eine Unterstützung der Aktivitäten des IPM durch mein Ressort ist nicht erfolgt.

